

Leben nach Migration

Newsletter des Migrationsrats Berlin-Brandenburg e. V.

Inhalt:

Seite 1:

MRBB – Sprachrohr der Migrant_innen von Nadine Katabogama

Seite 2 – 5:

„Die letzten zwei Jahre hat sich viel bewegt“. Interview mit Sanchita Basu

Seite 5 – 7:

Der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen. Interview mit Elena Brandalise

Seite 6 / 7:

Filmvorführung im MRBB: „Residenzpflicht“ von Denise Gracia Bergt am 6.6.12 um 19:30 Uhr

Seite 8:

Veranstaltungen, Texte, Termine

Die in **Leben nach Migration** wiedergegebenen Stimmen und Perspektiven sind nicht gleichzusetzen mit den Positionen und Ansichten des MRBB.

Kein Wir ohne Uns

Migrationsrat Berlin Brandenburg – Sprachrohr der Migrant_innen

von Nadine Katabogama

Selbstorganisationen von Migrant_innen sind ein wichtiges Element im sozialen, politischen und kulturellen Leben der Zuwanderungsgesellschaft. Vereine und Initiativen nehmen verschiedene Aufgaben wahr, sie bieten z.B. Beratung, Begegnungsmöglichkeiten und verschiedene Dienstleistungen für Migrant_innen. Selbstorganisationen sind oft die erste Anlaufstelle für Migrant_innen. Sie verfügen über genauen Einblick in Bedürfnisse und Problemen der Migrant_innen. Sie entlasten und ergänzen die Behörden und Einrichtungen der sozialen Arbeit. Dabei spielen Migrant_innenorganisationen eine entscheidende Rolle im Prozess der politischen Willensbildung und Partizipation von Migrant_innen. Sie sind somit ein wichtiger Partizipationsfaktor in der Aufnahmegesellschaft und Orte zivilgesellschaftlichen Engagements. Ein gutes Beispiel einer Migrant_innenselbstorganisation ist der Migrationsrat Berlin Brandenburg.

Der Migrationsrat Berlin Brandenburg ist als Dachorganisation von über siebzig Vereinen und Initiativen unterschiedlicher Herkunft und Kulturen entstanden. Seit seiner Gründung 2004 setzt er sich für die rechtliche, soziale und politische Gleichstellung von Migrant_innen in Berlin und Brandenburg ein. Er repräsentiert durch seine Mitglieder die Vielfalt der Migrant_innen in Berlin und Brandenburg, z.B. Vereine unterschiedlicher afrikanischer, türkischer, kurdischer, asiatischer,

lateinamerikanischer und osteuropäischer Communities. Er ist die einzige Vereinigung dieser Art in Berlin und Brandenburg. Der Migrationsrat sorgt dafür, dass Migrant_innen als Gruppe wahrgenommen werden. Er widmet sich ihren Problemen und ist ein verlässlicher Partner der Verwaltung, wenn es um Fragen der Partizipation, Rassismus, Flüchtlinge, Bildung und Gender geht. Eine der wichtigsten Aufgabe des Migrationsrates ist es, Beratung zu rechtlichen, sozialen und arbeitsmarktrelevanten Themen anzubieten. In diesem Bereich betreibt er zwei Projekte: Bridge (Berliner Netzwerk für Bleiberecht, Arbeit, Ausbildung) bietet soziale Beratung, Begleitung zu Ämtern, Kommunikation mit Behörden und Jobcenter an sowie die Härtefallberatung für Flüchtlinge. Die Öffentlichkeitsarbeit ist ebenfalls ein wichtiger Bereich. Durch Kommunikation mit der Öffentlichkeit teilt der Migrationsrat seine Positionen zu verschiedenen Themen mit und dient als Brücke zwischen der Aufnahmegesellschaft und den Migrant_innen. Der Kontakt zu seinen Mitgliedern ist dem Migrationsrat sehr wichtig, die Vorstandssitzungen sind für Verbandsmitglieder offen, dadurch sind die Mitglieder in die Entscheidungen miteinbezogen. Der Migrationsrat Berlin-Brandenburg ist durch seine Einzigartigkeit und Netzwerkarbeit ein wichtiger Bestandteil der Zivilgesellschaft in Berlin und Brandenburg.

Seit wenigen Wochen hat der



Nadine Katabogama studiert Politikwissenschaften an der FU Berlin. Seit 23.3.2012 ist sie Teil des neuen MRBB-Vorstands.

Migrationsrat einen neuen Vorstand. Der Vorstand wurde am 23.3.2012 gewählt und setzt sich aus acht Mitgliedern zusammen: Necat Sunar, François Tendeng, Didem Yüksel, Koray Yılmaz-Günay, Cosar Karadas, Khaled Davrisch, Nadine Katabogama, Claudia Hahn. Der Vorstand hat sich für seine Wahlperiode verschiedene Schwerpunkte gesetzt.

Die notwendige Vorfinanzierung des ESF-Projekts führt zur Destabilisierung und stellt eine große Herausforderung für den Migrationsrat dar. Dabei ist er auf Sponsoren, Spenden und Zuwendungen vom Senat angewiesen. Der neu gewählte Vorstand wird sich daher beim Senat für die

Einführung eines Strukturfonds einsetzen.

Der Vorstand setzt auf Kontinuität der Arbeit der vorherigen Vorstände, besonders zum Thema Rassismus und ethnische Diskriminierung. Er unterstützt die Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung in Berlin. Der Vorstand hat sich zum Ziel gesetzt, die Arbeit zum Thema Gleichstellung der Migrant_innen in den Bereichen Bildung, LABO, Polizei, Soziales, Arbeit, Gesundheit, Wirtschaft, Frauen/Gender, Kultur und Medien, Justiz, Stadtentwicklung und Wohnen voranzutreiben.

„Die letzten zwei Jahre hat sich viel bewegt“

Interview mit Sanchita Basu

Anlässlich des Vorstandswechsels sprachen wir mit Sanchita Basu vom alten Vorstand des MRBB, über die Erfolge und Herausforderungen der letzten zwei Jahre und darüber, wie sich der MRBB weiter entwickeln könnte.

Der MRBB arbeitet auf unterschiedlichen Ebenen, er leistet Einzelfallberatung, Vernetzungsarbeit unter Migrant_innenselbstorganisationen und agiert auf der politischen Ebene. Wieso ist es für einen Dachverband wie den MRBB wichtig, auf diesen Ebenen gleichzeitig zu agieren?

Ich denke, der Schwerpunkt des MRBB liegt bei der politischen Lobbyarbeit für Migrant_innen, People of Color, Flüchtlingen und Menschen ohne Papiere. Dazu gehört es, auf all diesen Ebenen gleichzeitig zu handeln. Das war von Anfang an unser Ziel. Wir wollten unsere Stimme erheben und gehört werden, damit man sich mit uns auf politischer Ebene auseinandersetzen muss.

Welche Schwerpunkte habt ihr in den letzten zwei Jahren gesetzt, um dieses Ziel zu erreichen?

Unser Ziel ist es, eine politische Lobby zu sein. Deshalb wollten wir uns politisieren. Beratung ist natürlich ein sehr wichtiger Teil des MRBB, aber damit erreichen wir nicht die Institutionen, die Struktur und das System! Im Zuge der Politisierung erschien uns der Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung (LAPgR) als das wichtigste Mittel. Damit sind wir eingestiegen und das war auch eines der wichtigsten Arbeitsbereiche in diesen zwei Jahren. Mit den verschiedenen Senatsverwaltungen sind die ersten Gespräche gelaufen und jetzt kommen zum Teil die zweiten Gespräche. Insgesamt wurden sehr wenige von uns erarbeitete Empfehlungen übernommen, aber dennoch HABEN sie etwas übernommen, und immerhin laufen Diskussionen. Das ist schon positiv. Das waren wichtige erste Schritte auf einem noch langen Weg. Wenn etwas beginnt, dann hat man auch Hoffnung, dass man etwas ändern kann. Es ist immer ein Prozess.

War die stärkere Vernetzung der Mitglieder auch ein Schwerpunkt?

Ja, auf jeden Fall. Dazu muss ich sagen, dass wir nicht alles erreicht haben, was wir uns vorgenommen hatten. Aber wir haben mehrere Basisgespräche geführt. Wir wollten hören, was die Mitglieder sich wünschen. Wir haben gemerkt, dass da Sachen kamen, an die der Vorstand nicht gedacht hatte.

Wieso ist es schwierig die Mitglieder mehr zu vernetzen?

Die Schwierigkeit sehe ich nicht auf der Seite der Mitglieder, sondern der Vorstand muss das kontinuierlich betreiben. Dass wir das nicht so geschafft haben, wie wir uns das gewünscht haben, liegt daran, dass wir aus zeitlichen Gründen, aus Mangel an Leuten und allgemein aus Mangel an Kapazitäten, es nicht planmäßig machen konnten.

Welche weiteren wichtigen Aktionen gab es?

Ein weiterer Schwerpunkt war das Bündnis gegen Rassismus. Zu dessen Gründung hatten wir, nachdem der Skandal um die NSU Morde bekannt geworden war, aufgerufen. Dieses Bündnis besteht weiter und agiert unabhängig vom MRBB. Da bin ich sehr stolz, dass es so gut läuft und sie so kontinuierlich so viele Aktionen machen. Das war auch ein Ziel, welches wir uns gesetzt hatten, dass Aktionen oder Themen, die wir setzen, von Mitgliedern und anderen weiter getragen werden. Der MRBB muss nicht immer dabei sein, aber trotzdem wird an diesen Themen weiter gearbeitet.

Was wünschst du dir für die Weiterentwicklung des MRBB?

Ich denke, der MRBB kann zum einen als politische Stimme, gegen Rassismus, rassistische Diskriminierung und andere Formen von Diskriminierung agieren. Der MRBB sollte sich bestimmte Themen vornehmen und präventiv arbeiten, nicht nur punktuell. Zu Rassismus in seinen

verschiedenen Facetten in Gesundheit, bei der Polizei, im Bildungsbereich usw. kann der MRBB sehr gut präventiv arbeiten. Zu denen man vielleicht Positionspapiere schreiben und auch Aktionen durchführen kann. Das sind Dinge, von denen ich mir sehr wünsche, dass sie weiter gehen.

Wie steht es denn um die finanzielle Situation des MRBB?

Die erste Priorität für den neuen Vorstand müsste leider die Finanzen sein. Der MRBB muss saniert werden. Wir haben oft gehört von Mitgliedern, dass der MRBB keine Projekte haben sollte, um für die eigenen Mitglieder keine Konkurrenz zu sein. Ich war immer dafür, dass der MRBB Projekte hat, damit er keine Finanzierungsschwierigkeiten hat. Außerdem brauchen wir die Mitarbeiter_innen als Multiplikator_innen. Jemand wie Cafer, der Berater ist und viele junge Menschen kennt, ist ein Riesengewinn für den MRBB. Die letzten zwei Jahre hatten wir EU-Projekte, die immer vorfinanziert werden mussten. Diese Ressourcen für die Vorfinanzierung haben wir allerdings nicht. Dadurch sind wir im letzten halben Jahr in eine sehr prekäre finanzielle Situation geraten. So darf es nicht weitergehen. Ein Verband, wie der MRBB muss unabhängig arbeiten können, damit meine ich, dass der MRBB soweit finanziert sein muss, dass wir Luft zum atmen haben.

Hast du Empfehlungen?

Wir brauchen Projekte, keine EU-Projekte, aber ein großes Projekt, das nicht vorfinanziert werden muss. Das brauchen wir unbedingt und da denke ich, dass der Vorstand hinterher ist. Ich mache mir sehr viel Sorgen über die finanzielle Lage, aber andererseits bin ich hoffnungsvoll.

Welchen Rat hast du für die Arbeitsweise im Vorstand?

Zum einen ist eine Arbeitsaufteilung sehr wichtig. Jedes Vorstandsmitglied sollte



Sanchita Basu ist Diplom-
Erziehungswissenschaftlerin mit einer Zusatzausbildung in den Arbeitsfeldern Rehabilitation, Projektmanagement und Transkulturelle Beratung. Sie war Mitgründerin und Mitarbeiterin von diversen Organisationen und Projekten: der "Arbeitsstelle Dritte Welt" an der TU Berlin, dem ersten multikulturellen feministischen Bildungsprojekt in Berlin „Nozizwe“ sowie von ARIBA, einem Verein mit dem Schwerpunkt antirassistische Bildung, Betreuungsarbeit und Konzeptentwicklung gegen Rechtsextremismus in Schulen. Darüber hinaus hatte sie Lehraufträge an der TU Berlin, FU Berlin und dem World University Service, zu den Themen Rassismus, Sexismus und Feminismus und war wissenschaftliche

Mitarbeiterin an der TU Berlin für das Projekt „Eurozentrismus in der Lehre“. Sie ist Herausgeberin des Buches „Eurozentrismus“. Aktuell liegen ihre Tätigkeitsschwerpunkte bei ARIBA e.V./ReachOut, wo sie Bildungsveranstaltungen organisiert und durchführt sowie Netzwerkarbeit und geschäftsführende Tätigkeiten übernimmt.

selbstständig arbeiten können. Die Mitglieder sollten weiter einbezogen werden und mit ihnen sollte kommuniziert werden. Ratsam ist es auch, Veranstaltungen beim MRBB oder bei Mitgliedern zu organisieren. Das ist eine gute Möglichkeit, die Mitglieder und ihre Arbeit besser kennen zu lernen. Das hat der MRBB bereits begonnen. Dieser Vorstand ist jedoch so kompetent, dass ich nicht viel empfehlen möchte, das ist wirklich eine sehr gute Mischung.

Welche Empfehlungen hast du bezüglich des Mitarbeiter_innen-Teams?

Ich war in den zwei Jahren für das Personal zuständig. Mir war sehr wichtig, dass sie einiges allein entscheiden können. Der Vorschlag kam auch von Mitgliedern, dass zum Beispiel die Geschäftsführung mehr Kompetenzen bekommt und nicht alles an den Vorstand zur Entscheidung zurückgehen muss. Wir haben sehr kompetente Mitarbeiter_innen, an ihren Fähigkeiten gibt es keinen Zweifel. Die Mitarbeiter_innen sollten die Ressourcen, die sie haben, selbst verwalten. Wir haben über die letzten zwei Jahre gesehen, dass das sehr positiv war und die selbstständige Arbeitsweise Früchte getragen hat. Deshalb würde ich dies auch dem neuen Vorstand empfehlen. Es ist wichtig, dass das Team einen Freiraum hat. Gleichzeitig soll der Vorstand unterstützend ansprechbar sein, dort wo Unterstützung gebraucht wird. Das Team hat ein großes Potential, jede_r einzelne Mitarbeiter_in und Praktikant_in identifizieren sich 100 prozentig mit der Arbeit des MRBB. Das ist ein Plus für uns.

Wie wichtig ist es für den MRBB, von einer immer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden?

Die Öffentlichkeitsarbeit ist sehr wichtig, weil so andere den MRBB kennen lernen. Nuran war sehr konsequent, indem sie immer durchgelesen hat, was man ihr geschickt hat und freigegeben, oder nicht freigegeben, oder kommentiert freigegeben hat. Es ist eine viel zu große Verantwortung für die Geschäftsführung oder andere Mitarbeiter_innen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, alleine dazu stehen.

Diese Verantwortung sollte der Vorstand übernehmen. Ich fand Nuran Arbeitsweise gut. Das würde ich so weiterführen, also die Mitarbeiter_innen nicht allein lassen. Wir bekamen immer öfter Anfragen von Journalist_innen. Das ist sehr wichtig für den MRBB, weil wir ja gehört werden wollen. Das hilft uns, den politischen Druck zu erhöhen und ernstgenommen zu werden. Ich denke, in dem Bereich haben wir viel geleistet und das sollte dem neuen Vorstand auch bewusst sein, diesen Teil der Arbeit sehr ernst zu nehmen. Das würde ich sehr empfehlen.

Du hattest schon mal die Idee erwähnt, einen Beirat zu gründen, der dem Vorstand des MRBB beratend zur Seite steht. Wie würdest du dir diesen Beirat vorstellen?

Die Idee ist von Nuran und mir, weil wir im Vorstand gemerkt haben, dass wir manchmal auch gern andere Leute als Ansprechpartner_innen gehabt hätten, die uns beraten können. Zum Beispiel Wissenschaftler_innen oder Menschen, die sich in Rechtsfragen gut auskennen. Leute aus verschiedenen Bereichen, die vielleicht nicht so viel Zeit haben, in den Vorstand zu gehen, die sich aber einmal alle vier Monate mit dem Vorstand zusammensetzen oder per E-Mail den Vorstand zu bestimmten Themen beraten. Zum Thema anti-muslimischer Rassismus käme zum Beispiel Prof. Dr. Iman Attia in Frage. Ein Beirat wäre auch gut für Unterschriftenaktionen, wenn bekannte, angesehene Namen dort stehen, sind solche Aktionen einfacher und haben mehr Gewicht.

Siehst du den MRBB bundesweit in der Vorreiterrolle um die Partizipationsmöglichkeiten von Migrant_innen voranzutreiben und gegen Rassismus zu arbeiten?

Das könnte ein Ziel sein. Viele Themen, die wir uns vornehmen, sind bundesweite Themen. Wenn wir über Rassismus in der Polizei reden, dann ist das ein bundesweites Thema oder Rassismus im Bildungsbereich, auch wenn das Ländersache ist, gibt es so viele

Ähnlichkeit rassistischen Vorgehens im Bildungsbereich, dass es schon sein könnte, dass wir sagen können, schau mal, das und das haben wir erreicht, es ist möglich, dass ihr nach ähnlichem Verfahren vorgeht. Aber das ist Zukunftsmusik. Der MRBB hat erst in den letzten vier Jahren richtig politisch gearbeitet. Davor war er vor allem mit dem eigenen Entstehungsprozess beschäftigt. Man darf nicht vergessen, dass wir innerhalb des MRBB viele Communities sind. Die Communities haben eine unterschiedliche Art und Weise zu diskutieren und unterschiedliche Vorstellungen von politischer Arbeit. Es hat lange gedauert, bis wir zu einem Konsens gekommen sind, zu einem minimalen Konsens. So fängt die Arbeit an.

Das heißt, man darf auf die Zukunft des MRBB gespannt sein!

Ja genau. Ich denke, die letzten vier Jahre haben wir einiges konkret gemacht. Es

Der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen

Interview mit Elena Brandalise

Am 3.5.2012 findet die Wahl der Migrant_innenvertreter_innen für den Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen ab 17:00 Uhr im Rathaus Schöneberg statt. Gewählt werden 14 Vertreter_innen von Migrant_innen- und Aussiedler_innen. Wahlberechtigt sind Vereine und Verbände, die beim Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration, Günter Piening einen Antrag gestellt haben und bestimmte Kriterien erfüllen. So muss es sich um einen eingetragenen Verein bzw. Verband mit Sitz in Berlin handeln, „integrationspolitische Ziele“ müssen laut Satzung verfolgt werden und der Vorstand muss mehrheitlich aus „Personen mit Migrationshintergrund“ zusammengesetzt sein. Es wurden 159 wahlberechtigte

wird immer einfacher für den nächsten Vorstand, die Arbeit dann weiterzuführen. Die letzten zwei Jahre hat sich viel bewegt, wir haben im Vorstand vielleicht vieles von dem, was wir vorhatten, nicht erreichen können, aber wir haben einiges in die Wege geleitet. Darüber bin ich sehr froh. Man darf nicht vergessen, dass die Zusammensetzung des Vorstands immer eine Art Pokerspiel ist: Es kann funktionieren, aber auch nicht. Wir sind unterschiedlich, wir kennen uns nicht, kommen aus verschiedenen Communities und verschiedenen Sozialisierungen. Aber ich meine, dass wir beim letzten Mal gute Karten hatten. Ich hoffe, dass das beim jetzigen Vorstand ebenfalls so ist, dass sie genau so effektiv und konstruktiv arbeiten können. Und da bin ich auch sehr zuversichtlich.

Das Interview führte Sabine Bretz.

Vereine und Verbände aufgenommen. (<http://www.berlin.de/lb/intmig/beirat/wahlen/index.html>).

Mitglieder im Landesbeirat sind außerdem die Staatssekretär_innen der verschiedenen Verwaltungen, der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration, Vertreter_innen, die vom Rat der Bürgermeister der Bezirke entsandt werden, ein_e Vertreter_in der Bezirksbeauftragten für Integration und Migration sowie Verbände, Gewerkschaften und nichtstaatliche Organisationen.

Leben nach Migration nahm die bevorstehende Wahl zum Anlass, um mit Elena Brandalise über die Arbeit des Landesbeirates zu sprechen.



Elena Brandalise ist seit 2006 Mitglied des Berliner Landesbeirats für Integrations- und Migrationsfragen als Migrant_invertreterin für die Region Europa. Sie war zwischen 2007–2012 Geschäftsführerin des MRBB

„Residenzpflicht“

von Denise Garcia Bergt.
Filmvorführung im MRBB mit anschließendem Gespräch mit der Regisseurin und den Protagonist_innen des Films

Im Herbst letzten Jahres hat die brasilianische Journalistin, Regisseurin und Filmemacherin Denise Garcia Bergt in enger Kooperation mit The Voice (Refugee) Forum, Refugees Emancipations und Der Karawane für die Rechte der Migrant_innen und Flüchtlinge den Dokumentarfilm „Residenzpflicht“ gedreht. Anhand verschiedener Interviews, u.a. mit Aktivist_innen im Bereich der Migrant_innen- und Flüchtlingsrechte, wird in der 70-minütigen Dokumentation die Residenzpflicht, eine der restriktivsten Gesetzgebungen der deutschen Flüchtlings- und Asylpolitik thematisiert und kritisiert. Seit mindestens zehn Jahren kämpfen Flüchtlings- und Migrant_innen-Selbstorganisationen gegen die Residenzpflicht und fordern deren Abschaffung. Sie protestieren gegen das aufgezwungene Leben in Isolation, und fordern ihr Menschenrecht

Den Landesbeirat gibt es seit 2003, im Dezember 2010 erhielt er über das Partizipations- und Integrationsgesetz (PartIntG) eine gesetzliche Legitimation und erfuhr damit eine Aufwertung. Mit der neuen Legislaturperiode gibt es einige Neuigkeiten, welche sind das?

Die Spätaussiedler_innen werden nun auch im Wahlverfahren für die Migrant_innen-Vertreter_innen gewählt. Bisher wurden sie, genau wie die anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen, die jetzt unter § 6,1 des PartIntG aufgelistet sind, ohne ein vergleichbares öffentliches Wahlverfahren aus den eigenen Reihen benannt. Die Migrant_innen-Vertreter_innen wurden in der Vergangenheit von je drei Vereinen unterstützt und haben diese symbolisch vertreten. Das ist mit dem neuen Verfahren entfallen. Jede_r Migrant_in vertritt quasi sich selbst. Auch neu ist die Dauer der Legislaturperiode, von zwei auf fünf Jahre.

Wie sehen die politischen Verhältnisse im Landesbeirat aus?

Die Migrant_innen-Vertreter_innen sind in der Minderheit und haben mehrheitlich mit Weißen Mitgliedern und mit Weißen Strukturen zu tun.

Wie siehst du die fünfjährige Amtszeit?

Wir werden erstmal die neu gebildeten Regierungsvertreter_innen kennenlernen müssen. Ich wünsche mir, dass die Bildung der Arbeitsgruppen im Landesbeirat neue und alte Themen verbindet und diese weiterentwickelt. Vor allem wünsche ich mir das Vortreiben der Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung in der Verwaltung. Und deshalb begreife ich die fünf Jahre als Chance, um Nägel mit Köpfen zumachen.

Welche Arbeitsgruppen gibt es, und wie ist die ihre Arbeitsweise?

Bisher gab es folgende Schwerpunkte: Diskriminierung, Partizipation, Interkulturelle Öffnung, Ausländerbehörde, Bildung und Jugendliche. Punktuell wurden auch andere AGs nach gegebenem Anlass ins Leben gerufen. Die AGs treffen sich alle sechs Wochen, setzen Inhalte und Tagesord-

nungspunkte der jeweiligen Sitzungen fest, und entwickeln aus diesen Empfehlungen, die dann in den Plena abgestimmt werden. Bei den AGs übernehmen die Migrant_innen-Vertreter_innen meist die Sprecher_innen-Funktion. Die Ergebnisse wurden regelmäßig beim Vertreterat des MRBB und auf der Homepage des Beauftragten des Senats für Migration und Integration veröffentlicht.

Die Vertretungen der Migrant_innen sind in sechs Regionen aufgeteilt: «Aussiedler_innen», «Europa außerhalb der EU (ohne Türkei)», «Europäische Union», «Fernost, Afrika, Amerika, Australien, und Ozeanen», «Nahe und Mittlerer Osten, Pakistan und Indien», «Türkei» sowie als siebte Kategorie «ohne regionale Zuteilung». Wie stehst du zu dieser Aufteilung?

Darüber wurde seit 2003 viel diskutiert. Angeblich soll diese Einteilung die Vielfalt der Nationalitäten und Herkünfte in Berlin in etwa verhältnismäßig nachbilden. Ich verstehe dies als Instrument. Interessanter finde ich allerdings die Resonanz bei der Eintragung der „Vereine mit Migrationshintergrund“, die wahlberechtigt sind. Dies erweiterte den Zugang enorm. Vorher durften nur so genannte „ausländische Vereine“ wählen. Diese Vielfalt an Stimmen hat Potenzial.

Kannst du etwas dazu sagen mit welchen Projekten es konkret weitergehen wird?

Das ist abhängig von der Bildung der Arbeitsgruppen. Wir müssen schauen, wo die Politik ihre Schwerpunkte setzen wird. Wir werden als Migrant_innen-Vertretung natürlich mit dem Ausbau und der Weiterentwicklung der Themen der vergangenen Legislaturperiode ansetzen. Damit meine ich zum Beispiel die Konkretisierung und Erweiterung des PartIntG als Artikelgesetz und die Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung (LAPgR). Dort werden wir

uns per Antrag informieren, welche der 44 Maßnahmen, die sich aus dem Beschluss von 2010 ergaben, von den jeweiligen Senatsverwaltungen implementiert wurden. Das alles natürlich, wenn ich gewählt werde. Die Wahl steht mir noch bevor! Die Besprechung der Vorhaben seitens der Migrant_innen-Vertreter_innen erfolgt nach der Wahl vor der konstituierenden Sitzung des Landesbeirats.

Hat der Landesbeirat in Berlin beim Thema Partizipation und im Kampf gegen institutionellen Rassismus und Diskriminierung einen Modellcharakter für den Bund?

Der Landesbeirat in Berlin ist ein Gremium, das versucht, dem Partizipationsdefizit von Menschen ohne deutschen Pass entgegenzuwirken. Der Senat kann sich durch die Teilnahme dieser Gruppe Informationen aus der Basis holen und Änderungen vornehmen, die der aktuellen Bevölkerungsrealität gerecht werden. Das setzt natürlich einen politischen Willen voraus. Die Erfahrung im Landesbeirat hat mir gezeigt, dass positive Veränderungen durchaus möglich sind, wenn die politische Spitze dahinter steht. Die interkulturelle Öffnung ist Chef_innen-Sache, wenn der Senat bzw. die Staatssekretär_innen dahinter stehen, kann sich einiges verbessern. Ich würde mir zum Beispiel wünschen, dass der Begriff „Integration“ durch „Partizipation“ ersetzt wird, dass die Fortbildung der Verwaltungen mit Zeit und Geldern ausgestattet wird, dass „Menschen mit Migrationshintergrund“ im öffentlichen Dienst beschäftigt werden. Vor allem ist mir wichtig, dass die Beschlüsse verbindlich sind und es sich nicht lediglich um Empfehlungen handelt, wie dies beim Nationalen Integrationsplan der Fall ist. Die Themen, die wir im Landesbeirat bearbeiten, sind nicht nur für Berlin relevant. Sie können eine deutschlandweite Resonanz bewirken. Bisher haben wir mit dem PartIntG und

dem LAPgR Maßstäbe gesetzt. Berlin hat diesbezüglich einen Vorbildcharakter gezeigt.

Wie kann ein Dachverband wie der MRBB die Arbeit im Landesbeirat unterstützen?

Der MRBB war von Anfang an ein sehr wichtiger Verbündeter für die Migrant_innen-Vertreter_innen im Landesbeirat. Er hat als politische Interessenvertretung die Arbeit der Vertreter_innen begleitet und unterstützt. Zudem machte er vielen, die sonst keinen Einblick erhalten hätten, die Arbeit des Landesbeirats transparenter. Zwischen 2009–11 war der MRBB selbst Mitglied im Landesbeirat. Er sorgte unter anderem dafür, dass der LAPgR weiterentwickelt und der Dialog mit der Verwaltung verstetigt wurde.

Was können die Migrant_innen-Vertreter_innen im Landesbeirat bewirken?

Die Arbeit der Migrant_innen-Vertreter_innen hat einen empfehlenden Charakter. Das heißt, wir können Anträge stellen, nachhaken und bestimmte Punkte mit dem Senat direkt ansprechen. Die Beschlüsse werden von der einfachen Mehrheit getragen. Wir brauchen deshalb mehr Verbündete von außen und von innen. Es ist wichtig die Lobbyarbeit voranzutreiben und die Themen in die Öffentlichkeit zu bringen, weil diese voll von Standpunkten ist, die an der Realität vorbeigehen und das Bild der Migrant_innen ausschließlich negativ abbilden. Eine Möglichkeit diesen Pauschalisierungen entgegenzuwirken, ist zum Beispiel Inhalte in den Landesbeirat zu bringen, die später medial diskutiert werden können.

Das Interview führte Sabine Bretz.

auf Bewegungsfreiheit ein. Der Film ist äußerst gut recherchiert und informativ. Ohne in die Falle einer bevormundenden (Re-)Präsentation zu treten, schafft es Denise Garcia Bergt mit diesem Film, dem Publikum einen Einblick in die rassistische und menschenverachtende Asylpolitik der Bundesrepublik zu geben. Thematisiert werden u.a. der Einfluss der Agentur Frontex und ihrem ausgeklügelten Kontrollapparat an den Außengrenzen Europas, die deutsche Sortierung und Verteilung von Flüchtlingen in Asylbewerberunterkünften, das koloniale Erbe und der in Deutschland herrschende Alltagsrassismus. Für weitere Informationen zur Vorführung im MRBB siehe nächste Seite.

*Die **Premiere** von „Residenzpflicht“ findet am 10.05.12 um 20.15 Uhr im Kino Babylon Mitte statt. Sie ist Teil der Aktionstage gegen Botschaftsunterstützungen bei Abschiebung vom 9.–11.5.12 in Berlin. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an The VOICE Berlin, E-mail: the_voice_berlin@gmx.de*

Migrationsrat Berlin-Brandenburg

Oranienstr. 34
10999 Berlin

TELEFON:
030 / 61658755

FAX:
030 / 61658756

E-MAIL:
presse@mrbb.de

Herausgeber: MRBB

Redaktion:
Angelina Weinbender (aw),
Claudia Hahn,
Necat Sunar,
Iris Rajanayagam (ir),
Sabine Bretz (sb),

*Texte können verwendet und ver-
vielfältigt werden, sofern die Quelle
angegeben ist.*

www.mrbb.de

Über den MRBB

Der Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB), ein Dachverband mit 76 Mitgliedsorganisationen, versteht sich als Interessenvertretung von „Migrant/innen“ und ihren Angehörigen und setzt sich für ihre rechtliche, soziale und politische Gleichstellung ein. Themen des MRBB sind u.a. Partizipation, Bildung, Medien und Empowerment. Der Newsletter erscheint monatlich und ist als Informationsmedium an alle direkten oder indirekten Mitglieder und darüber hinaus an Multiplikator/innen und Interessierte gerichtet. Für Mitglieder gibt es monatlich einen Redaktionstag, an dem sie ihre Anliegen für den Newsletter thematisieren können. Artikel können unverbindlich an presse@mrbb.de gesandt werden.

Veranstaltungen, Texte, Termine:

Der MRBB zeigt den Film „Residenzpflicht“ von Denise Garcia Bergt.

Mi, 06.06.2012 um 19:30 Uhr
Ort: „Der Familiengarten“, Oranienstr. 34
Eintritt: 3–5 Euro

Einladung zum Herunterladen und Weiterleiten in Englisch und Deutsch unter:

<http://tinyurl.com/filmresidenzpflicht>

Produzentin, Regisseurin, Schnitt: Denise Garcia Bergt
Kamera, Schnitt: Cassiano Griesang
Musik: Isabel Janke
Produktion: Sonia Ivanova

Weitere Informationen unter:
www.residenzpflichtdoc.com

Ankündigung: Fachtagung im Juni

Am Samstag und Sonntag, den 16. und 17. Juni 2012 veranstaltet das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) in Kooperation mit dem MRBB in Berlin eine Tagung zum Thema Inklusion durch Partizipation.

Schwerpunkthemen sind die politischen Partizipationschancen von Migrant_innen, die auch weiterhin ungleich verteilt sind. Die Fachtagung wird daher gelungene Beispiele der kommunalen Partizipationsförderung vorstellen und ausloten, wie durch geeignete Konzepte die Vertretung von Migrant_innen stärker gefördert werden kann. Sie soll insbesondere dazu beitragen, unkonventionelle und nicht- oder wenig institutionalisierte Formen der Partizipation wahrzunehmen und anzuerkennen.

Weitere Hinweise zum Programm entnehmen Sie bitte dem Einladungsflyer:

<http://tinyurl.com/fachtagungpartizipation>

Anmeldeschluss ist der 30. Mai 2012.



Presseinformation im April „Racial Profiling“ von Koblenzer Gericht als rechtmäßig erklärt.

Gemeinsame Pressemitteilung des MRBB und KOP - Berlin

Koblenz 27.03.2012 Das Koblenzer Verwaltungsgericht hat in seinem Urteil vom 28.02.2012 die Kontrolle von Personen nach phänotypischen Merkmalen als rechtmäßige Praxis erklärt. Somit wurde die Existenz der rassistischen Praxis des „Racial Profiling“ in Deutschland nunmehr gerichtlich eingestanden und im gleichen Atemzug legitimiert. *Weiterlesen unter:*

<http://tinyurl.com/koblenzerurteil>

Termine: Wahlversammlung

Die Wahl der Migrant_innen-Vertreter_innen für den Landesbeirat findet am 3. Mai 2012 ab 17 Uhr im Rathaus Schöneberg statt.

Bündnis gegen Rassismus

Mi, 02.05.2012 Plenum um 18 Uhr im MRBB

Mi, 16.05.2012 Plenum um 18 Uhr im MRBB

Mi, 30.05.2012 Plenum um 18 Uhr im MRBB